

Nein zur neo-osmanischen Kriegspolitik des türkischen Regimes!

Das Erdoğan-Regime strebt im Innern nach einer islamistischen Diktatur und nach Islamisierung der Gesellschaft, vom Moscheebau bis zur Kinderehe. Nach außen führt die Türkei mehrere Kriege: in Nordsyrien, im Nordirak und in Libyen, auch mit Hilfe dschihadistischer Mörderbanden. Im Mittelmeer beansprucht die Türkei konfrontativ mit Kriegsschiffen Seegebiete, die gemäß dem Internationalen Seerecht zu den Wirtschaftszonen Griechenlands und Zyperns gehören.

Diese Politik wird als neo-osmanisch bezeichnet. Neo-Osmanismus bedeutet in der Außenpolitik:

- Die Türkei beansprucht als Großmacht ehemals osmanische Länder in Europa, Asien und Afrika als Einflusszone.
- Die Türkei sieht sich als Schutzmacht der Sunniten, vor allem der Moslembrüder.
- Das türkische Regime hat sich, obwohl NATO-Mitglied, vom Westen abgewandt und sucht, beeinflusst von der eurasischen Ideologie, autoritäre Bündnispartner in Eurasien.
- Grenzverträge, namentlich der Vertrag von Lausanne von 1923, mit dem die Grenzen der konsolidierten modernen Türkischen Republik festgelegt wurden, werden vom Regime nicht mehr anerkannt. Stattdessen werden nun Inseln in der Ägais, Nord-Syrien und Nord-Irak als türkisch beansprucht. So wie die Türkei vor 26 Jahren Nord-Zypern erobert hat, erobert sie nun Gebiete in Syrien und im Irak.

Es ist zur Türkisch-Islamischen Synthese gekommen, zur Kombination von türkischem Ultranationalismus sowie Islamismus. Sinnbild dafür ist das Foto eines türkischen Soldaten auf einem Panzers bei der Eroberung von Afrin: Der Soldat zeigte mit einer Hand das Zeichen der faschistischen Grauen Wölfe, mit der anderen das der Moslembrüder. *<nicht zeigen!>*

Wer sich dieser Kriegspolitik widersetzt, wird bekämpft. Der türkische Staat zwingt Männer zum Kriegsdienst. Ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung wird in keiner Form anerkannt, noch nicht einmal das beschränkte Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, wie es in internationalen Konventionen festgelegt ist, die auch die Türkei unterschrieben hat.

Kriegsdienstverweigerern drohen Haft, Misshandlungen und Folter über Jahrzehnte hinweg. Eine Kette von mehrfachen Einberufungen, Prozessen und Haftstrafen. Osman Murat Ülke wird seit 1992 verfolgt, wurde seitdem achtmal verurteilt, insgesamt 701 Tage inhaftiert und lebt seit Jahren in einem rechtlichen Schwebezustand, ohne Ausweispapiere, ohne Möglichkeit ins Ausland zu reisen und legal zu arbeiten, ständig von erneuter Verhaftung bedroht. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verhängte deswegen 2006 eine Strafe gegen den türkischen Staat, der aber die Praxis fortsetzt. Viele Kriegsdienstverweigerer fliehen ins Ausland, wie Beran Işçi, der heute zu uns spricht. Wer Krieg und Militär kritisiert, kann aufgrund des Gesinnungsparagrafen „Entfremdung des Volkes vom Militär“ angeklagt werden.

Deutschland liefert seit der Spätzeit des Osmanischen Reiches in großen Mengen Waffen an die Türkei. Es zieht sich eine lange Blutspur von den Gewehren der Firma Mauser, die heute Rheinmetall heißt, beim Völkermord an der armenischen Minderheit bis hin zu Leopard-Panzern und G3-Gewehren bei der völkerrechtswidrigen Eroberung Afrins und weiterer Gebiete im Norden Syriens.

Die „neue Türkei“ will autark sein und baut eine eigene Rüstungsindustrie auf. Die Türkei ist inzwischen eine Drohnenmacht geworden. Sie stellt die Drohnen selbst her, führt Krieg mit Drohnen und ermordet damit auch gezielt Zivilpersonen. Besonderes Aufsehen erregte der Drohnenmord an drei kurdischen Politikerinnen in Syrien. Diesen schnellen Aufstieg zur Drohnenmacht ermöglichten deutsche Firmen: Sie lieferten Bauteile und Technologie.

Das Erdoğan-Regime ist nicht allein das Problem: Die Idee, im vor 120 Jahren noch multiethnischen und multireligiösen Thrakien und Anatolien mit aller Gewalt eine homogene türkische Nation zu schaffen, war keine islamistische Idee. Es ist dieser obsessive Nationalismus, der dazu führt, dass Menschen und Minderheiten, die sich nicht assimilieren wollen, brutal verfolgt werden und dass kurdische Selbstverwaltung sogar jenseits der türkischen Staatsgrenzen bekämpft wird. Der türkische Militarismus und die Propagandabehauptung, dass jeder Türke als Soldat geboren werde, massive Menschenrechtsverletzungen, Folter, gravierende Einschränkung der Meinungsfreiheit und die damit einhergehende Gesinnungsjustiz sind keine Erfindungen des AKP-Regimes. Kriegsdienstverweigerer wurden schon zuvor verfolgt, inhaftiert und ins Exil getrieben. Mit dem Gesinnungsparagrafen „Entfremdung des Volkes vom Militär“ werden pazifistisch gesinnte Menschen schon lange verfolgt. Verhaftungen deutscher Staatsbürger aus politischen Gründen, die heute so viel Aufsehen erregen, gab es auch schon zuvor, wenn auch nicht im heutigen Ausmaß und auch nicht zum Zweck der Geiselnahme.

Wer sich Frieden und Menschenrechte in der Türkei wünscht, muss auch die Überwindung von Nationalismus, Staatsvergötterung, Militarismus, Gewaltverherrlichung und jeglicher Menschenrechtsverletzungen anstreben.

Schluss mit der Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern! Für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung! Weg mit dem Militärdienstzwang in der Türkei!

Schluss mit der Gesinnungsjustiz!

Schluss mit deutschen Waffenlieferungen!

Schluss mit der Unterstützung Deutschlands fürs türkische Regime und seine Kriege!

Türkische Truppen raus aus Syrien, Irak und Zypern!

Nein zur aggressiven Kriegspolitik des türkischen Regimes!

Nein zu Militarismus, Nationalismus und Islamismus in der Türkei und anderswo!

Rede vorgetragen bei

- *der Kundgebung Stoppt die Diktatur und die militärischen Aggressionen des türkischen Regimes in Worms, 29. August 2020*
- *der Kundgebung am und zum Antikriegstag in Mainz, 1. September 2020!*